

Exklusiv-Interview mit Prof. Dr. Irena Lipowicz

Sonderbeauftragte Botschafterin des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen für Deutsch-Polnische Beziehungen

Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes und zum 15. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Nachbarchaftsvertrages findet im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jahres vom Mai 2005 bis Mai 2006 eine Reihe von kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen in Deutschland und Polen statt. Wie würden Sie das deutsch-polnische Verhältnis heute beurteilen?

Irena Lipowicz: Besonders wichtig ist, dass überhaupt das Deutsch-Polnische Jahr stattfindet und neue Impulse bringt. Tatsächlich war aber das letzte Jahr nicht das beste in den deutsch-polnischen Beziehungen. Viele Fragen, die jahrelang nicht offen ausgesprochen wurden, sind plötzlich nach dem EU-Beitritt hochgekommen. Gerade in solch einer Zeit ist es besonders wichtig, Wegweiser für die Zukunft aufzuzeigen und in gemeinsamer Initiative die ganze Vielfalt dieser Partnerschaft zu entfalten und die geschaffene Infrastruktur dafür zu nutzen.

Wir haben in diesem Deutsch-Polnischen Jahr viele Treffen vorgesehen. Tagungen und Kongresse werden stattfinden zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen, von der Sicherheitspolitik bis hin zu Folklore, Musik und Tanz. Es gibt Projekte junger Menschen, die über ihre kulturellen Unterschiede reden wollen, Seniorentreffen, die Geschichte behandeln, Tourismustreffen, Operauf-

führungen, Experimentaltheater und Inszenierungen. Und wenn man weiß, dass die Provokation das höchste Gebot der heutigen



Prof. Dr. Irena Lipowicz

Kunst ist, werden wir sicher manche schöne Überraschung erleben, und das ist ja auch gut so. Deutschland-Polen ist einfach eine lebendige Beziehung.

Wie können wir das deutsch-polnische Verhältnis nun heute beurteilen? Ich würde sagen, wir sind wie eine alte Ehe. Mit großer Vergangenheit, nicht immer glücklich. Aber wir bleiben da und zusammen. Die Qualität der Beziehung, die liegt an uns. Wir haben jetzt eine neue Stufe erreicht, und es ist ja auch manchmal in Ehen so, dass es zwischen

zwei Partnern eine heilende Krise gibt. Deutschland und Polen haben ihre Positionen ein wenig neu bestimmt und vieles, was aus politischen Gründen auch in der Bundesrepublik Deutschland unausgesprochen war, ist Realität geworden. Und, wir sind gemeinsam in der EU.

Da muss man endlich sagen, Jalta und Potsdam und 1945 ist nicht von Polen erfunden worden. 1945 war eine direkte Folge von 1933. 1945 bedeutete zwar die Befreiung Polens von Nazi-Deutschland, aber es war auch der Anfang des anderen Souveränitätsverlustes. Im Brief der beiden Bischofskonferenzen, sowohl der katholischen Kirche wie auch der evangelischen Kirche war Einigkeit, dass wir gemeinsame Zukunftschancen haben. Es war wichtig in diesem Zusammenhang, dass Bundeskanzler Schröder im polnischen Parlament eine

wichtige Erklärung abgegeben hat. Aber immer noch gibt es ein paar Fragen, die ganz deutlich beantwortet werden müssen. Ich würde sagen, mehr noch von deutscher Seite als von polnischer.

Im deutsch-polnischen Verhältnis haben sich der Verkehr und Austausch von Waren, Kapital und Dienstleistungen in den letzten Jahren erfreulich positiv entwickelt. Wie würden Sie die zahlreichen Entwicklungsprojekte in den Grenzregionen Deutschlands und Polens bewerten? Wo gibt es Probleme?

Irena Lipowicz: Die Entwicklungsprojekte gerade in den Grenzregionen sind besonders wichtig. Wir haben „Musterstädte“ dieser Zusammenarbeit wie Frankfurt-Oder/Slubice oder Görlitz/Zagorzelec. Dort hat sich gezeigt, dass Städtepartnerschaften einen ganz praktischen Sinn machen. Es gibt im weiteren gute Verbindungen zu den neuen deutschen Bundesländern. Dort gibt es Städte in Grenzgebieten, wo es Engpässe in den sozialen Dienstleistungsberufen gibt, wie z. B. Krankenhäusern. Und hier kommt die neue, durch die polnische Verwaltungsreform eingeleitete kommunale Selbstverwaltung zu Hilfe. Es gibt junge Ärzte und weiteres Personal, die auf der anderen Seite der Grenze arbeiten können, und das nützt allen.

In sozialen Einrichtungen wie Kindergärten und Grundschulen wird neuerdings die polnische Sprache unterrichtet. Eine solche Entwicklung fördert das Zusammengehen der Menschen in den Grenzregionen. Noch wichtiger ist das bei wirtschaftlichen Kooperationen. Die verschiedenen Handelskammern der Regionen arbeiten oft sehr eng zusammen, im Kleinen – auf Kreisebene. Gerade auch für diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit brauchen wir Menschen, die beide Sprachen sprechen. Da ist es natürlich nicht hilfreich, dass gerade in Deutschland zehn Institute der Polnistik geschlossen werden. Ich habe gerade einen dramatischen Brief von der Humboldtuniversität bekommen, wo ein Studiengang, der schon 1840 gegründet wurde, aus Spargründen geschlossen werden soll. Nicht nur Polnistik, sondern auch interkulturelle deutsch-polnische Studien werden geschlossen. Die brauchen wir aber dringend für die Entwicklung der Grenzregionen, das macht mir natürlich Sorge.

Manchmal haben wieder wir etwas übersehen. Wir haben aktuell auf

polnischer Seite in der Grenzregion ein Problem mit der Umstrukturierung der neuen Zollinstitutionen nach dem EU-Beitritt. Die deutsche Seite hat viel früher damit begonnen, diese Problematik in Bezug auf die EU-Erweiterung vorzubereiten. Die polnische Seite hat das zwar vorbildlich mit der Grenzschutzrestrukturierung erreicht, aber nicht im Bereich des Zollwesens. Es gibt auch unterschiedliche Beurteilungen in finanztechnischen Fragen. So haben wir jetzt in Polen eine Verspätung und auch Schwierigkeiten beim Einsatz der polnischen Zollbeamten an der neuen EU-Außengrenze im Osten.

Ihr Land hat im Rahmen der Transformation vom Sozialismus sowjetischer Prägung zur freien Marktwirtschaft eine umfassende Strukturreform durchgeführt. Verwaltungsstrukturen wurden neu aufgebaut. Mit dem Beitritt Polens in die EU mussten nun weitere Anpassungen, jetzt an EU-Normen, erfolgen. Wie weit ist dieser Prozess vorangeschritten? Wo würden Sie heute die Hauptprobleme bei der Fortführung der Strukturreformen in Polen sehen?

Irena Lipowicz: Die Verwaltungsreform in Polen, die wir mit Beseitigung der alten sozialistischen Strukturen eingeleitet haben, hatte den Vorteil, dass wir in Polen bestimmte Verwaltungsstrukturen und Gesetze im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern nie ganz außer Kraft gesetzt hatten, so dass es in Fragen des Verwaltungsrechts, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Rechtssicherheit für kleine und mittlere Unternehmen und anderen Fragen nach 1980 für uns nicht so dramatisch war, wieder in rechtsstaatliche Strukturen zu gelangen.

Wir haben die Strukturreformen und damit die Transformation in eine marktwirtschaftliche Ordnung fast komplett abgeschlossen. Was bleibt, ist die Restrukturierung der

Kohle- und Stahlindustrie, die Reform des Eisenbahnwesens und auch von Teilen der Landwirtschaft. Eisenbahn und Landwirtschaft kann man ohne gesamteuropäische Konzeption unserer Meinung nach nicht lösen. Die EU war bis zum letzten Jahr noch nicht sicher, welches Modell in der Restrukturierung der Landwirtschaft wirklich eine Zukunft hat bei uns. Und das gilt auch für die Eisenbahn. Es gibt noch kein fertiges Eisenbahnkonzept für ganz Europa. Wohl gibt es schon sehr wichtige Vorschläge, aber eine Zukunftsstrategie in dieser Frage als Ganzes nicht, so dass es für uns schwer ist, im Sinne einer Gesamtstrukturreform für die Eisenbahn voranzukommen. Sicher beginnen wir auch jetzt schon mit wichtigen Neuerungen, z. B. dem Ausbau der Strecke Görlitz – Wrocław/Breslau, aber wir möchten doch eine gesamteuropäische Option dabei beachten. Sonst müssten wir viele Gesetze ändern, aber die Prinzipien müssen vorher stimmen.

Wieviel Prozent der polnischen Wirtschaft ist demnach noch nicht privatisiert?

Irena Lipowicz: Die größte Ausnahme ist natürlich Kohle und Stahl. Das ist ja in anderen Transformationsländern ähnlich – ein wirkliches Problem. Insgesamt können wir sagen, dass wir noch 15 Prozent der polnischen Wirtschaft privatisieren werden.

Die große Verwaltungsreform in Polen hat die Zahl der Wojwodschaften von 49 auf 16 verkleinert, gleichzeitig wurden zentralstaatliche Strukturen reformiert. Kann man heute von einer neuen, am Föderalismus ausgerichteten Struktur im Lande sprechen, welche ja auch wieder die kommunale Selbstverwaltung (Kreise) fördert?

Irena Lipowicz: Man muss in Polen etwas unterscheiden. Wir sind jetzt tief dezentralisiert. Wir ha-

ben auch die Kreise wieder eingerichtet. Die Reform war keine zentralistische Reform, wie etwa jetzt in Russland, sondern es ging uns darum, dass wir eine tiefe Dezentralisierung einleiten, dass wir eine demokratische Legitimation der Gebietskörperschaften sichern, und dass die Wojwodschaften auch, im begrenzten regionalen Maße, ein Recht zur

nur Sinn, den Regionen eine sehr weitgehende Selbständigkeit zu sichern, aber der Föderalismus wäre da bei uns nicht möglich.

Die Verwaltungsreform ist jetzt komplett. Es gibt noch Entwicklungsunterschiede in den Wojwodschaften, möglicherweise müssen auch auf Grund politischer unterschiedlicher Auffassungen Ände-



Außenpolitik haben. Also z. B. Wielkopolska und Ihr Bundesland Hessen. Und es gibt noch etliche weitere Beispiele guter regionaler deutsch-polnischer Zusammenarbeit.

Aber wir sind nicht den Schritt zum Föderalismus gegangen. Das ist meines Erachtens in Polen nicht möglich, weil das Teilungstrauma Polens zu tief liegt. Ich war Mitglied des Verfassungsausschusses und ich habe gesehen, wie tief diese Angst über die Teilung Polens in den Menschen unseres Landes drin sitzt. Man kann bei uns sehr weit in die Dezentralisierung gehen, aber man musste vor der Schwelle des Föderalismus stopp machen. Vor allem die Teile unseres Volkes aus den später russischen Teilen unseres Landes haben diese Urangst vor dem Zerfall Polens „in den Knochen“. Da hat es für uns

rungen erfolgen. Vielleicht ist auch die Zahl der Kreise jetzt zu umfangreich. Aber im Grunde sind das kosmetische Änderungen.

Bürokratieabbau ist beileibe kein rein polnisches Problem. Man braucht nur die berechtigten Klagen des deutschen Mittelstands zu bürokratischen Hindernissen in Deutschland studieren. Welche Veränderungen in der Verwaltung gibt es speziell für den einzelnen Bürger – Stichwort „gläserne Verwaltung“ – in Polen?

Irena Lipowicz: Fast alle Gemeindeämter, ebenso die Behörden in den großen Städten haben neue Bürgerbüros eingerichtet. Der Bürger soll sich nicht in endlosen Korridoren verirren, er soll rasch direkt mit der entsprechenden Behörde Kontakt bekommen bzw. sein Anliegen vorbringen können. Die Informatisierung schreitet bei uns voran.

Um Korruption in den Behörden zu bekämpfen, haben einige Verwaltungen grundsätzlich unterzogen, dass Bürger einzeln in die Zimmer der Beamten gehen. Es soll sozusagen alles unter öffentliche Kontrolle gebracht werden. Alle sollen sehen, was passiert. Das ist schon ein großer Schritt hin zu Transparenz. Dazu dient auch die Einführung von E-Government in den Behörden. Natürlich kann bei uns noch lange nicht die Rede davon sein, dass alle Behördengänge inklusive Formulare über den PC erledigt werden können. Aber man versucht doch etliches, um hier voranzukommen. Gleichzeitig verlangt das Datenschutzgesetz zusätzliche Barrieren, die wir berücksichtigen müssen.

In Deutschland ist das Interesse an der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit des Ostens unseres Landes groß. Millionen Menschen haben ihre sogenannten „Stasi-Akten“ eingesehen, das Ausmaß ihrer Unterdrückung studiert. Die Rolle der Verwaltungen im Totalitarismus gehört zu den wichtigen Forschungsthemen bei der Aufarbeitung der Geschichte. Hanna Arendt sagte in diesem Zusammenhang „kein Mensch hat das Recht zu gehorchen“. Wie ist da die Situation in Polen?

Irena Lipowicz: Zur Zeit der demokratischen Revolution in Polen hatte die Solidarnosc 10 Millionen Mitglieder. Wie man heute im Institut für Nationales Memorial schätzt, umfassen die Akten, die zur Bespitzelung der Bürger durch die damaligen kommunistischen Machthaber eingesetzt wurden, 1,5 Millionen. Jetzt bewegt die polnische öffentliche Meinung die Geschichte und das Inventar dieses Instituts, wo ganz gezielt die Opfer und die Täter vermischt worden sind. Diese Tatsache, die jetzt in die Öffentlichkeit geraten ist, führt natürlich zu ganz unterschiedlichen Reaktionen. Ich ge-

höre zu den etwa 4.000 Menschen, die Kraft Gesetzes die Überprüfung ihrer Akten schon hinter sich gebracht haben. Als Abgeordnete, als Staatsbedienstete und jetzt als Sonderbeauftragte musste ich drei Mal diese Prozedur durchlaufen. Aber sehr viele haben das noch vor sich, Journalisten, Richter, etliche andere. Das ist ein mühsames Verfahren.

Die öffentliche Verwaltung war früher eine Unterdrückungsmaschinerie zur Aufrechterhaltung eines totalitären Regimes. Unsere Behörde, die IPN, ist heute auf die massenweise Überprüfung dieser vorliegenden Akten gar nicht vorbereitet. 200 Verwaltungsfachleute sind zu wenig. Entsprechend lange dauert alles, und weil alles so lange dauert, ist es auch schwer, die Vermischung der Akten der einzelnen Personen schnell aufzulösen. Das führt mittlerweile zu heftigen Debatten im Lande, während natürlich auch einige gar kein Interesse an der Aufarbeitung haben.

Vor dem Beitritt Polens in die EU gab es, besonders auch in den ländlichen Regionen, kritische Stimmen. Auch zur EU-Verfassung waren sehr unterschiedliche und kritische Positionen vorhanden. Wie wird heute der EU-Beitritt in Polen beurteilt?

Irena Lipowicz: Positiv. Es gibt unterschiedliche Untersuchungen. Aber generell weiß man, über 50 % der Polen sind zur Zeit zufrieden mit dem Beitritt des Landes in die EU und mit der EU selbst. Es gibt aber kritische Stimmen zur EU-Verfassung, das kann sich auch ändern. Die ländliche Bevölkerung, auch die Lebensmittelindustrie haben heute ein positives Verhältnis zur EU, denn unsere Waren kommen gut an auf dem europäischen Markt. Die Bauern bekommen – zwar sehr begrenzt im Vergleich zur Alt-EU – auch Unterstützung. Für die Stadtkonsumenten bedeutet das

allerdings eine Teuerungsrate, z. B. bei Fleisch bis zu 40 %, es steigt die Inflationsgefahr. Allgemein kann man sagen, der Stadtbevölkerung geht es durch die Teuerung ein bisschen schlechter, der Landbevölkerung zum Teil besser.

Die Kritik an der EU-Verfassung konzentriert sich weiter auf die geistigen Grundlagen, so wie sie jetzt festgeschrieben wurden. Also z. B. die für uns seltsame Haltung, dass sich der europäische Kontinent nicht zu seiner Vergangenheit bekennt. Warum kann Europa nicht schreiben, dass es christliche Wurzeln hat?

Angst ruft übrigens auch die Entwicklung der Euthanasiegesetzge-

bung in Holland hervor, keine direkte Verfassungsfrage, natürlich, aber so was wäre in Polen undenkbar, und Erinnerungen an die NS-Zeit und seine Vernichtungspolitik liegen da sehr nahe. Ansonsten ist die Kritik an der EU-Verfassung in Polen eher gemäßigt. Insgesamt haben wir eine gute Grundstimmung im Lande zu Fragen des EU-Beitritt Polens. Hoffen wir, dass es so bleibt – genauso wie unser Wirtschaftswachstum von fast sechs Prozent.

Das Interview führte Jürgen Klocke im Anschluss an die Eröffnungsveranstaltung der bundesweiten Aktion „Hoffnung für Osteuropa“ der Evangelischen Kirche Deutschlands am 12.02.05 in Frankfurt/Main

Hans-Joachim Koch/Jan Schürmann (Hrg.)

Das EG-Umweltrecht und seine Umsetzung in Deutschland und Polen

Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2005, 181 S., 36,- €, ISBN: 3-8329-1124-3.

Der hier vorgelegte Tagungsband beruht auf Referaten, welche im Rahmen des Deutsch-Polnischen Umweltrechtssymposiums im Juni 2004 gehalten wurden. Die Europäische Union ist auch „Umweltunion“. Die Gemeinschaftsorgane haben ein „hohes Schutzniveau für die Umwelt“ anzustreben und dafür u.a. zu gewährleisten, dass die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung der gemeinsamen Politikeinbezogen wird. Nur durch im wesentlichen einheitliche umweltpolitische Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in der EU wird ein Standortwettbewerb zu Lasten der natürlichen Lebensgrundlagen und damit der Lebensbedingungen der

Unionsbürger vermieden. Vor diesem Hintergrund ist offenkundig, dass im Zuge der Osterweiterung der EU ein maßgebliches „Verhandlungspaket“ war, die möglichst zügige Einführung des Umweltrechts der Gemeinschaft in

den Beitrittsländern zu sichern. Natürlich sind in diesem Zusammenhang die Herausforderungen, vor die sich die neuen Mitgliedstaaten gestellt sahen und noch sehen, außerordentlich. In diesem Zusammenhang ist auch der praktisch orientierte wissenschaftliche Gedankenaustausch des von der Deutsch-

Polnischen Juristenvereinigung e. V. und der Forschungsstelle Umweltrecht der Universität Hamburg organisierten Umweltsymposiums zu sehen. Die Beiträge des vorliegenden Bandes sind in Deutsch und Englisch verfasst.

(jk)

